

- 1. Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag,- Verwaltung -
Referat ZT 6, Vergaben
Straße: Platz der Republik 1
Ort: Berlin
PLZ: 11011
Telefon: +49 30-227-33234
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2015-311-17-IT3
(bitte stets angeben)
- 2. a) Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) Vertragsart:** Lieferauftrag
- 3. a) Art und Umfang der Leistung:** Ausstattung von 15 Besprechungsräumen des Deutschen Bundestages mit Präsentationstechnik
Zu liefernde Geräte:
7x Projektor Typ 1,
5x Projektor Typ 2,
1x Projektor Typ 3,
2x Projektor Typ 4,
2x 85"-Präsentationsdisplay,
1x 60"-Präsentationsdisplay,
6x Projektordeckenhalterung Typ 1,
2x Projektordeckenhalterung Typ 2,
2x Projektorwand- oder -deckenhalterung für Projektor Typ 4,
1x Projektorwandhalterung für Projektor Typ 1 bis 3,
2x Projektortisch für Projektor Typ 1 bis 3,
1x Rollwagen für Präsentationsdisplay,
2x Wandhalterung für Präsentationsdisplay,
13x HDMI - Cat.6 Extender,
11x Wandsteuercontroller zur Steuerung von Projektor Typ 1 bis 4,
17x Anschlussblende mit HDMI-Buchse,
17x Anschlussblende mit VGA-Buchse,
15x Montagerahmen für Anschlussblenden,
15x Aufputzrahmen zur Aufnahme von Montagerahmen für Anschlussblenden oder Wandsteuercontroller,
32x Bodentankträger für Anschlußblenden geeignet für OBO
1x Leinwand 16:9, elektromechanisch, Bildfläche ca. 130 x 230 cm
1x Leinwand 16:9, mobil elektromechanisch, Bodenaufsteller, Bildfläche ca. 130 x 230 cm"
- Weitere Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer 4.1 der Leistungsbeschreibung mit Preisangaben.
- b) CPV - Nr:**
- c) Unterteilung in Lose:** nein
(Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) Lieferort:** Referat IT 3
Platz der Republik 1
11011 Berlin
- e) Lieferfrist:** Beginn: 01.03.2016
Ende: 01.10.2016
- 4. a) Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber

b) **Frist:** 19.01.2016 00:00:00

c) **Schutzgebühr:** Nein

Empfänger

IBAN

BIC-Code

Geldinstitut

Verwendungszweck

5. a) **Angebotsfrist:** 19.01.2016 12:00:00Uhr

b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber

c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine

7. **Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**
Leistungsbeschreibung mit Preisangaben,
Zusätzliche Vertragsbedingungen der
Verwaltung des Deutschen Bundestages,
Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung
für Leistungen (VOL/B).

8. **Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend

9. **Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):

- a)
- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht.
 - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer.
 - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS".
 - Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im auftragsrelevanten Bereich (Lieferung und Systemintegration fest installierter Medientechnik). Der Jahresumsatz muss jeweils mindestens 200.000 Euro betragen.
Bei Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern sind die jeweiligen Jahresumsätze zu addieren (es genügt, wenn die erforderliche Gesamtsumme dadurch erreicht wird). Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes.
 - Eigenerklärung über die Dauer der Tätigkeit im auftragsrelevanten Bereich (Lieferung und Systemintegration fest installierter Medientechnik); diese muss mindestens bei drei Jahren liegen. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots.
 - Eigenerklärung über die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter. Für die Leistungserbringung müssen mindestens drei Mitarbeiter bereitgehalten werden; davon mindestens ein Ingenieur/Meister (Kommunikationstechnik, Medientechnik, Veranstaltungstechnik oder gleichwertiger Art) und mindestens zwei Fachtechniker (Kommunikationstechnik, Medientechnik, Veranstaltungstechnik oder gleichwertiger Art). Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes.
 - Für die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter (mindestens drei) sind folgende Nachweise zu erbringen:
 - a) Ingenieur/Meister:
-> Kopie des Hochschulabschlusses/Meisterbriefes (Kommunikationstechnik, Medientechnik, Veranstaltungstechnik oder gleichwertiger Art)
 - b) Fachtechniker:

-> Kopie Ausbildungszeugnis (Kommunikationstechnik, Medientechnik, Veranstaltungstechnik oder gleichwertiger Art)

Es können auch Eigenerklärungen, die im Falle einer beabsichtigten Zuschlagserteilung vor Vertragsschluss anhand geeigneter Unterlagen zu belegen sind, vorgelegt werden.

- b)** - Angabe von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (Lieferung und Systemintegration fest installierter Medientechnik) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Für die Abgabe der Referenzen ist der beigefügte Referenzvordruck zu verwenden (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks).

Die Referenzvordrucke sind zu nummerieren. Bei Vorlage von mehr als drei Referenzvordrucken werden nur die ersten drei Vordrucke berücksichtigt.

Die Referenzen müssen von zwei verschiedenen Auftraggebern stammen.

Ein bevollmächtigter Mitarbeiter des Referenzauftraggebers hat auf dem Referenzvordruck per Schulnoten Beurteilungen zu Aspekten der Leistungserbringung abzugeben, diesen zu unterschreiben und ggf. mit Firmen-/Amtsstempel zu versehen. Der Durchschnitt aus diesen Noten darf den Wert von 2,5 nicht überschreiten (sonst: Anforderungen an die Eignung schon aus diesem Grund nicht erbracht).

Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss.

Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen.

- c)** - Eigenerklärung über die Anzahl der vom Bieter seit dem Jahr 2012 (einschließlich 2012) installierten medientechnischen Anlagen; diese muss mindestens bei 20 Anlagen liegen.

Dabei muss jede der berücksichtigten Anlagen über mindestens einen fest installierten Daten-/Videoprojektor oder ein Großbilddisplay mit zugehöriger fest verlegter Systemverkabelung verfügen (einschließlich Montage von festen Anschlusspunkten für die digitale PC-Signal Zuspaltung).

- Eigenerklärung über die Anzahl der vom Bieter seit dem Jahr 2012 (einschließlich 2012) installierten Softwareanwendungen zur Verwaltung von Projektionsgeräten; diese muss mindestens bei zwei Installationen liegen.

- Nachweis über die Teilnahme des Bieters an der Ortsbesichtigung.

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.

- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

- d)** Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind
- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 3.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:

Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

10. Zuschlagsfrist/Bindefrist: 29.02.2016

Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.

11. Zuschlagskriterien: siehe Vergabeunterlagen

**12. Nebenangebote/
Änderungsvorschläge:**

nicht zugelassen

13. Sonstige Angaben:

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 12.01.2016 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Eine Ortsbesichtigung ist zwingende Voraussetzung für die Angebotsabgabe. Nach Versendung der Angebotsunterlagen bekundet der Bieter sein Interesse an diesem Ortstermin. Ein Termin ist einvernehmlich zu finden. Der von der AG ausgestellte Nachweis über die Teilnahme des Bieters an der Ortsbesichtigung ist dem Angebot beizufügen. In der Angebotsprüfung werden nur Angebote zugelassen, denen der von der AG ausgestellte Nachweis beigefügt ist.